

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter, eine letzte Anfrage.

**Frau Brudlewsky (CDU/DA):**

Ich wollte nur mal fragen - auf Statistiken hin: Ist Ihnen bekannt, daß die Statistiken in der DDR, die immer so schön angeführt werden, gar nicht so recht stimmen? Ich weiß z. B., daß in einigen Kliniken die Praxis bestand, den zweiten oder dritten Abbruch ein und derselben Frau nicht noch einmal aufzuführen, der fiel einfach in der Statistik runter, und daß eben auch Krankenscheine nicht ganz korrekt in die Betriebe gingen, wenn es nicht so sehr erwünscht wurde, daß bekannt wurde, warum die Frau dort war? Ich bin Krankenschwester, und ich habe davon gehört.

**Dr. Wöstenberg (Die Liberalen):**

Frau Brudlewsky, wenn Sie in Ihrer Einrichtung den Meldepflichten nicht nachgekommen sind, tut mir das leid.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Hier sind gesetzliche Vorschriften sicher Einzuhalten. Aber ich möchte auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß gerade auch in der Bundesrepublik - und um das Verhältnis dazu geht es ja - die Dunkelziffer bei der Schwangerschaftsunterbrechung sehr hoch ist nach Meinung von Experten. Und ich sage nochmals - Holland ist hier vorhin erwähnt worden -, Holland hat eine noch großzügigere Fristenlösung als die DDR. Trotzdem ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Holland weit niedriger als bei uns. Ich meine schon: Mit Aufklärung und Erziehung und damit, daß wir der Frau bewußt machen, daß Schwangerschaftsunterbrechung wirklich kein Mittel der Familienplanung sein kann, kommen wir ein ganzes Stück voran. - Danke.

(Beifall)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte nun Frau Abgeordnete BIRTHLER von der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

**Frau BIRTHLER für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gehe, wie so viele, die schon vor mir gesprochen haben, vom Idealfall aus. Wir alle wünschen uns, daß es möglichst wenig unerwünschte Schwangerschaften gibt, daß das Ja zum Kind ein Chance haben möge, daß es möglichst wenig Schwangerschaftsabbrüche geben möge und vor allen Dingen keine illegalen Schwangerschaftsabbrüche, die ja das bekannte Risiko tragen.

Welche Bedingungen sind nötig, um diesem Ziel nahe zu kommen? Ich meine, wir sollten immer mehr darüber nachdenken, wie wir eine Gesellschaft schaffen, die kinderfreundlich ist, die frauenfreundlich ist, die familienfreundlich ist. Keine Sorge, meine Herren! Eine solche Gesellschaft ist dann, glaube ich, auch männerfreundlich.

(Vereinzelt Beifall bei PDS)

Zu diesen Bedingungen gehört auch die Sorge um die Umwelt, die Sorge darum, daß Raum für Kinder da ist, daß Kinder überall mit dabei sein dürfen. Zu diesen Bedingungen gehört soziale Sicherheit, wenig Sorgen um das Geld, um das notwendige Geld, um die Wohnung und um die Arbeitsstelle.

Zu diesen Bedingungen gehört die Vereinbarkeit von Mutterschaft bzw. Elternschaft und der beruflichen Entwicklung, die Frage der Kinderbetreuung, denn wir wissen alle, daß die Krippen in der DDR nicht das Idealmodell waren.

Es braucht die Entwicklung von neuen Formen der Kinderbetreuung, von alternativen Formen, z. B. von Wohngemeinschaften, von gemeinsamer Betreuung, von Kinderläden, wie sie vor gar nicht langer Zeit in der DDR noch verboten waren. Es gehört dazu das Recht auf verkürzte Arbeitszeit für beide Eltern, wenn Kinder im Haushalt sind.

(Vereinzelt Beifall bei PDS)

Und des gehört ganz notwendig dazu ein besseres Verhältnis zwischen Männern und Frauen in den Familien. Elternschaft ist eben nicht nur ein Problem der Mütter.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und PDS)

Es gehört vor allen Dingen eine positive Einstellung zum Kind dazu, und die läßt sich nicht nur durch äußere Bedingungen herstellen. Die reicht auch ganz tief in jeden Menschen hinein.

In diesem Zusammenhang sei festgestellt, daß die Tatsache, daß jetzt diejenigen Kinder bekommen, die schon vor ein oder zwei Generationen bereits mit 6 Wochen in die Krippe kommen, wirklich statistisch erhebliche Schwierigkeiten haben. Auf diese Weise ist natürliche Mütterlichkeit und Väterlichkeit beschädigt worden. Das läßt sich nachweisen.

Zu diesen Bedingungen gehören auch moderne Verhütungsmittel und eine ausreichende Aufklärung darüber. Auch die Kostenübernahme für Verhütungsmittel gehört dazu und aus reichende Beratungs- und Hilfsangebote.

Ich fasse diesen Teil zusammen. Wir brauchen Bedingungen, unter denen das Ja zum Kind bessere Gründe hat als die Angst vor Strafe, und je größer die Sorge um das geborene Leben, desto weniger ist Sorge um das ungeborene Leben nötig.

Die jetzige Diskussion wird entfacht durch den Streit darum, welche Regelung geeigneter ist, die in der Bundesrepublik oder die bei uns, und ich glaube, daß es an diesem Punkt sehr wichtig ist, Gesprächslinien, die hier immerzu miteinander vermischt werden, auseinanderzunehmen.

Es geht bei dieser Frage § 218 oder die DDR-Fristenregelung ja gar nicht darum: darf man Schwangerschaften abrechnen oder nicht. In der BRD darf man. Die Frage ist nur, wer entscheidet und nach welchen Kriterien. In diesem Zusammenhang, in dem wir uns jetzt ganz konkret befinden, ist das die Frage.

Beide Regelungen, das wurde auch schon gesagt, führen in der Konsequenz zu ähnlichen (traurigen) Ergebnissen. Hier muß gefragt werden, wie eine solche Entscheidung fachgerechter, sachgerechter und der Gelegenheit angemessener erfolgen kann.

Und das hat natürlich jetzt eine ganze Menge mit der Einstellung zu den Frauen bzw. zu den Eltern zu tun. Entscheiden hier Fremde, oder traut man den Frauen und ihren Partnern zu, diese Entscheidung eigenverantwortlich zu treffen? Die Verantwortung liegt nun mal bei den Frauen und bei den Eltern, und man kann sie ihnen nicht abnehmen.

Frauen müssen in die Lage versetzt werden, sich frei zu entscheiden, und zwar frei von Angst vor Strafe, frei von Ängsten um ihre soziale Situation, frei von Angst um ihre berufliche Entwicklung und frei in der Entscheidung, mit wem sie sich beraten und wann und ob überhaupt.

(Beifall bei SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne)

Ich halte diesen Appell für ganz wichtig, dieses Thema und den uns allen bevorstehenden Wahlkampf nicht miteinander zu verknüpfen. Aber wir kommen natürlich auch nicht um die Frage herum, daß sich Parteien fragen lassen müssen, wie sie in dieser Sache stehen.

Jetzt noch einmal zu dieser anderen Argumentationslinie. Da geht es um das, was oft mit dieser Frage, die ich eben genannt habe, vermischt wird: das Für und Wider des Schwangerschaftsabbruchs, die ethische, die medizinische Argumentation. Ich glau-